

Wut über die lastblütige Rücksichtslosigkeit ihrer konservativen Blodgenossen von ebendem vergiebt, dann mag sie sich ihrer eignen Sünden von 1902 erinnern. Den Liberalen wird jetzt nur geboten, was sie damals an der sozialdemokratischen Minderheit im Bunde mit Junkern und Pfaffen praktizierten; dieselbe brutale Vergewaltigungspolitik, die die Weber, Fuhrmann und Wiemer zur Niederlegung ihrer Richterämter in der Steuerkommission und zum Abbruch der Mitarbeit am Steuer-schacher zwang, ist von ihren Parteigenossen in den Dezembertagen des Jahres 1902 zur Niederknüpfung der sozialdemokratischen Opposition angewendet worden. Sie erhalten so nur heimgezahlt, was sie selbst in ausgiebigstem Maße übten, als ihnen der Zollraubzug nicht schnell genug glückte.

Weber den Verlauf der Sitzung, der zur Niederlegung der Richterämter durch die Liberalen Mitglieder der Finanzkommission und zum einmütigen Verlassen des Beratungszimmers durch Sozialdemokraten, Freisinnige und Nationalliberale führte, geht uns folgender Bericht zu:

Zu einer Szene von dramatischer Lebendigkeit kam es am Freitag Mittag in der Finanzkommission. Die Branntweinsteuer war erledigt und am Nachmittag sollte die Beratung über den Kaffeezoll beginnen. Obwohl die Vertreter der Sozialdemokraten, Nationalliberale und Freisinnigen schon am Tage vorher darauf hingewiesen hatten, daß sie auf keinen Fall eine Beratung der neu eingebrachten Steuern zulassen würden, setzte der Vorsitzende auf die Tagesordnung der Nachmittags-Sitzung den Kaffeezoll. Dann sollte noch beraten werden die Zündholzsteuer und die Steuer auf Glühkörper. Diese Steuern haben das Plenum des Reichstags noch gar nicht beschäftigt, denn die Steuer auf Glühkörper wurde nur so ganz nebenbei erwähnt. Um das Plenum zu umgehen, hat die Regierung keine Gesetzentwürfe vorgelegt, sondern einfach Anträge ausarbeiten lassen, sie den Konservativen übergeben, und die Konservativen haben diese Arbeiten der Regierung dann als konservative Anträge eingebracht. Die Parteien, die es für nötig hielten, gegen dieses unehrliche Verfahren Widerspruch zu erheben, waren sich darüber klar, daß mit Vermeidung der Mehrheit der Kommission nichts auszurichten sei. Ehe der Vorsitzende die Sitzung schließen konnte, verlangte der Abg. P a a s c h e das Wort, um eine Erklärung abzugeben, die inhaltlich folgendes besagt:

Die Nationalliberalen müssen es ablehnen, an der Beratung der neuen Steuervorlagen teilzunehmen, weil diese in der Kommission eingebracht wurden, ohne daß vorher das Plenum dazu Stellung nehmen konnte. Im Seniorsenat von v e n t war bestimmt worden, daß neue Steuervorschläge erst an das Plenum gebracht werden sollten. Diese Abmachung habe die Mehrheit gebrochen, damit ist auch die Geschäftsordnung des Hauses verletzt und ein solches Verfahren können die Nationalliberalen auf keinen Fall decken. Außerdem hat die Regierung den Konservativen bei der Stellung der Anträge geholfen, ohne daß den anderen Parteien, und insbesondere dem nationalliberalen Referenten Dr. Weber Mitteilung gemacht worden wäre. Die Nationalliberalen werden an den Sitzungen der Finanzkommission nicht mehr teilnehmen.

Abg. Dr. W i e m e r (freis.) gab eine Erklärung ab, die sich mit der des Abg. P a a s c h e ziemlich deckte, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß beide Parteien gemeinsam miteinander beraten hatten. W i e m e r sagte: Auch die Freisinnigen müssen es ablehnen, bei der Beratung von Steuern mitzuwirken, die unter Umgehung des Plenums in der Kommission eingebracht worden seien. Darin sei eine Rücksichtslosigkeit gegen die Minorität zu erblicken und die Freisinnigen werden deshalb an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen.

Genosse G e y e r erklärte wörtlich:  
Im Namen meiner Fraktionskollegen in der Finanzkommission protestiere ich gegen die Beratung des Antrags Dietrich und Gen. (Nr. 257 d. Drck.) auf Erhöhung des Kaffee- und Teezolls. Wir halten diese Beratung für geschäftsordnungswidrig und den Beschlüssen des Reichstags widersprechend. Die Beratung ist eine Umgehung des Plenums und ein Bruch des vom Seniorsenat getroffenen Abkommens, die jetzt von der Regierung den konservativen Antragstellern zugesprochenen Gesetzentwürfe in erster Lesung im Plenum zu beraten, ehe sie zur Beratung in die Kommission gelangen. Wir betheiligen uns deshalb an der Beratung der genannten Anträge in der Kommission nicht.

Polen und Zentrum erklären, daß die Weiterberatung vollkommen zu Recht erfolge und daß sie daran teilnehmen werden.

Der nationalliberale Abg. Dr. Weber legte sein Amt als Berichterstatter über das Finanzgesetz nieder. Diesem Beispiel folgten die Abg. Fuhrmann und Kommsen. Abg. Weber forderte noch, daß die Regierung ihm als Berichterstatter Material vorenthalten habe, das sie dem konservativen Dietrich zustellte. Schatzsekretär Sydow erklärte letztere Behauptung für einen Irrtum. Das Material sei dem national-

liberalen Abg. Sieg zugestellt worden, weil Dr. Weber nicht anwesend gewesen sei. Das Reichshauptamt habe jedem Abgeordneten, der einen Antrag stellen wollte, auf Verlangen das Material geliefert. — Abg. Weber erwiderte darauf, daß die Regierung Gelegenheit gehabt habe, ihm das Material zuzustellen. Aber z. B. die Vorschläge über Glühkörper- und Streichholzsteuer seien der nationalliberalen Partei überhaupt nicht mitgeteilt worden. Sie habe davon erst gestern (Donnerstag) abend unmittelbar vor Schluß der Sitzung aus dem Munde des Herrn Kochke etwas erfahren. Die Lichtsteuer seien übrigens in erster und zweiter Lesung abgelehnt worden. Auch die Ueberschriften und Unterschriften seien verworfen worden, so daß diese Materie als vollkommen erledigt zu gelten habe. Sie könne demnach nicht wieder zur Debatte gestellt werden.

Der Abg. v. G a m p (kons.) und der Vorsitzende v. R i c h t h o f e n (freikons.) suchten vergeblich zu vermitteln. — Abg. Dietrich machte den zurückgetretenen Berichterstattern heftige Vorwürfe darüber, daß sie es ablehnten, auch den Bericht über die seitherigen Verhandlungen zu erstatten, so daß es sehr schwer halten werde, brauchbare Berichte zu bekommen.

Abg. v. G a m p machte dann den Versuch, den entstandenen Schwierigkeiten dadurch zu begegnen, daß er die nächste Sitzung der Kommission auf den 8. Juni anberaumen wollte. Als ihm entgegengehalten wurde, daß das an der Sache gar nichts ändern könne, sprang der Abg. G r ö b e r auf und sagte in das Chaos hinein, das deutsche Volk werde wissen, welche Parteien es sind, die die Finanzreform fördern wollen und werde Abrechnung halten mit den Parteien, die fortwährend neue Hindernisse in den Weg türmen.

Unter allgemeiner Aufregung verließen sodann Sozialdemokraten, Nationalliberale und Freisinnige den Sitzungssaal.

#### Die Branntweinsteuer in der Finanzkommission.

Bevor es in der Finanzkommission am Freitag zum Bruch kam, wurde die Branntweinsteuer zu Ende beraten. Der Einflußzoll für Branntwein in Fässern, der in erster Lesung bedeutend erhöht worden war, wurde entsprechend der Regierungsvorlage von 300 auf 225 Mark, in andern Bestimmungen von 500 auf 300 Mark herabgesetzt. Es kam dann die Beratung des Antrags Erzberger auf Besteuerung von Schönheitsmitteln usw. Diesen Antrag begründet Erzberger u. a. damit, daß man, wenn man schon Streichhölzer und Kaffee höher besteuere, dann auch Mund- und Zahnwasser, wohnliche Essensen, Zahnpulver und dergleichen belasten müsse. — Sydow ist kein grundsätzlicher Gegner dieser Steuer, bezweifelt aber, daß sie mehr als 10 Millionen Mark einbringen werde; im Gegensatz zu der Schätzung des Abg. Erzberger, der 15-18 Millionen Mark herausschneide.

Abg. S t i l l e n trat der Logik Erzbergers entgegen. Die Schätzung der Einnahme hänge völlig in der Luft. Die Steuerstufen sind rein willkürlich angesetzt. Ein Fäßchen Saaröl, das 10 Pfg. kostet, würde mit einer Steuer von 5 Pfg. belastet. Wenn auch Seife nicht direkt genannt ist, so müßte sie nach dem Antrage der Steuer unterworfen werden, sobald sie mit einem „Wohlgemach“ versehen ist. Das läßt alles auf eine Belastung der Massen hinaus. Der Antrag bedeutet eine Besteuerung der Kleinlichkeit und ist deshalb völlig unannehmbar.

Abg. W o m s e n erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag, der die losmetrische Industrie außerordentlich schädigen würde.

Abg. S t e d e r u m wies noch darauf hin, daß die Großindustrie für diese Steuer sei, weil sie damit ihre Konkurrenz loszuwerden hoffe. Der Antrag ist direkt gegen die Volksgesundheit gerichtet, wenn man Zahnpulver und Zahnpfaster besteuert. Für eine Besteuerung der feinsten Parfüms, also richtigen Luxus, könnte man vielleicht sein; dann würde die Steuer aber nichts einbringen. In der vorliegenden Form ist der Antrag absolut nicht zu gebrauchen.

Die Konservativen erklären, unter Vorbehalt für den Antrag zu stimmen und der Antifemist Naab erwartet von der Steuer eine verhältnismäßige Wirkung auf die breiten Massen, denen man die Streichhölzer verteuere.

Der Antrag wurde schließlich mit der bereits mitgeteilten Steuerstufen von der liberalen Kommissionsmehrheit angenommen. In der ersten Lesung ist ein Passus des Gesetzes gestrichen worden, der den Bundesrat ermächtigt, Maßregeln zu treffen, um zu verhindern, daß G o l d s e i f e im Anlande zu Genusszwecken oder in der Nahrungsmittelindustrie Verwendung findet. Diese Bestimmung wurde etwas modifiziert in das Gesetz wieder eingefügt. — Ohne weitere Bemerkungen von besonderer Bedeutung wurde die Branntweinsteuer in zweiter Lesung erledigt.

#### Die Steuer auf Glühkörper und der Kaffeezoll.

Nachdem die Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten den Beratungssaal verlassen hatten, erledigte die zur Kommission ernannte Finanzkommission die Steuer auf Glühkörper. Abg. W e s t a r p begründete den Antrag. Die Motive für diese Steuer hätte er dem Arsenal der Regierungsvorlage entnommen. Der Schatzsekretär bestätigte, daß der Antrag im wesentlichen der Regierungsvorlage entnommen sei und der Regierungskommissar Dr. Weber bestätigte dem Grafen W e s t a r p, daß der Ertrag der beantragten Besteuerung auf 20 Millionen Mark zu berechnen sei.

„Herr, wir sind arm,“ versetzten die Tagelöhner, „doch sind wir nicht hinter dem Mühlstein geboren.“

Und sie ließen nicht nur die Arbeit im Stich, sondern warnten sogar die Leute aus ihrer Gegend, man müsse sich hüten, sich für die Reder des Waters Barret zu verdingen, genau so wie man sich vor dem Teufel hüten müßte.

Auf die Klage der Besther, die sogar in den Zeitungen Schutz verlangten, übten die Feldhüter eine ganz besonders scharfe Luft auf. Sie durchzogen die Huerta paarweise, postierten sich auf den Wegen und suchten Gebärden und Unterhaltungen zu belauschen, doch alles umsonst. Sie sahen immer daselbe: Weiber, die unter den Spalieren nähten und sangen, Männer auf den Feldern mit gebeugtem Rücken, die Augen starr auf die Erde gerichtet, mit eifrig schaffenden Armen, die sich auch keine Minute Ruhe gönnten. Pimento lag als vornehmer Herr vor seinen Leimruten oder half Pepeta in ungeschickter, fauler Weise; in Copas Kneipe spielten einige alte Leute Truque oder wärmten sich vor der Tür in der Sonne. Alles in allem eine Landschaft, die Frieden und ehrenhafte Einfachheit atmete: ein maurisches Arabien.

Doch die Leute aus der Gegend verließen sich nicht darauf, kein Landmann wollte die Acker haben, nicht einmal umsonst. Schließlich waren die Besther gezwungen, auf ihr Eigentum zu verzichten und den Boden verwildern zu lassen; sie warteten auf das Erscheinen eines gutmütigen Menschen, der sich entschließen würde, sie zu kaufen oder wieder anzubauen.

Die Huerta zitterte vor Genugtuung, als sie bemerkte, wie der reiche Boden zugrunde ging und wie die Erben des Don Salvador sich zu Tode ärgerten. Das war ein neues und inniges Vergnügen für sie. „Es war nicht übel, daß die Armen auch manchmal die Oberhand hatten und die Reichen unterliegen mußten.“ Und das Brot ersetzten ihnen schmachhafter und der Wein besser, die Arbeit weniger mühsam, wenn sie an die Wut dieser beiden Geballe dachten, die mit all ihrem Gelde bulden muß-

Abg. Naab erklärte, er und seine Freunde könnten heute der Vorlage noch nicht zustimmen, da er nicht wisse, wie seine Fraktion sich zu ihr stelle. — Schatzsekretär Sydow bemerkt, wenn das Petroleum, das Licht der armen Leute, jährlich 75 Millionen Mark Steuern bringe, so sei es berechtigt, wenn auch die elektrische Beleuchtung mit einer Steuer belegt werde. — Müller-Fulda meinte, gegenüber der Petroleumsteuer und im Verhältnis zu den Kosten des Gasverbrauchs sei diese Steuer sehr gering.

§ 1 wird dann gegen die Stimmen der beiden Antifemiten angenommen, ebenso die §§ 2 bis 8. Abg. G r ö b e r (Zentr.) schlug vor, den Entwurf en bloc anzunehmen. Da aber noch einige Anträge vorlagen, so wurde zwar die Einzelabstimmung, aber im Geschwindschritt bis zum Schlußparagrafen vorgenommen.

Dann wird in die Beratung des konservativen Antrags über die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls eingetreten. Abg. N o e f f e begründet den Antrag. Deutschland habe den niedrigsten Zoll; das rechtfertige die Erhöhung. Sie habe keineswegs einen nur irgendwie nennenswerten Einfluß auf die Kaffeepreise. Der Ertrag werde 35 Millionen Mark für die Reichskasse geben.

Der Schatzsekretär erklärte, es sei bekannt, daß die Regierung sich bereits mit der Frage der Erhöhung des Kaffeezolls beschäftigt, aber die Beratungen seien noch nicht abgeschlossen. Aus Handelskreisen sei die Befürchtung laut geworden, daß Präzedenz gegenüber dieser Zollserhöhung Repressalien über könne. Diese Frage sei zu untersuchen und müsse rücksichtsvoll behandelt werden. Gegen den Teezoll habe er nichts einzunehmen.

Erzberger meinte, es werde der Kaffeezoll bekämpft durch den Hinweis, daß der Kaffee das Getränk der armen Leute sei. Das sei richtig, aber diese Leute nehmen so wenig Kaffeebohnen zu ihren Getränken, daß der Zoll dabei gar nicht in Betracht käme!

Der § 1 wird gegen die 2 Stimmen der Polen angenommen. Bei § 2 wird der Zoll für Tee von 25 auf 75 Mark pro Doppelzentner erhöht. Dann wird § 3 angenommen.

Abg. v. G a m p schlägt Vertagung vor, dagegen erhebt Abg. G r ö b e r, die Finanzreform am Pfingstsonntag zum Abschluß zu bringen. Das werde ein großes Werk sein. G a m p will nun noch in die Beratung der Zündholzsteuer heute (Freitag) eintreten. Die Wahlenumsatzsteuer müsse im Plenum beraten werden. Es wird beschlossen, in die Beratung des Gesetzentwurfs über die

#### Besteuerung von Zündwaren

einzutreten. Nach unwesentlicher Debatte wurden die einzelnen Paragraphen nacheinander angenommen.

Am Sonnabend sollen die übrigen konservativen Anträge durchgepeitscht werden.

## Bewerkschaftsbewegung.

### Arbeiterferien.

Es läßt sich leider nicht behaupten, daß das Wort Ferien bei der großen Masse der Arbeiterschaft einen guten Klang habe. Das ist zwar behauerlich, aber nur zu erklärlich. Ist es doch gerade die Arbeiterschaft, der in ihrer Mehrheit die Gewährung von Ferien und damit eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Einrichtung, die in andern Kreisen längst zur Gewohnheit geworden ist, hartnäckig verweigert wird. Den Beamten in Reich, Staat und Gemeinde und selbst den Beamten in Privatbetrieben steht die Gewährung eines Sommerurlaubs mit fortlaufendem Gehalt mehr oder weniger als ein Recht zu. Häufig ist dieser Urlaub um so länger, je weniger anstrengend die übliche Tätigkeit ist; das zeigt sich insbesondere bei einem Vergleich der Urlaubsdauer zwischen den oberen und den unteren Beamten. Der Arbeiter aber, der körperlich die größten Anstrengungen auszuhalten hat, geht in der Regel ganz leer aus. Daß aus geschäftlichen Gründen auf die Tätigkeit des Arbeiters für wenige Tage oder Wochen nicht verzichtet werden könne, kann kein plausibler Grund sein, denn man muß ja auf die Tätigkeit des Arbeiters verzichten in Krankheitsfällen, man zwingt ganze Arbeitermassen durch Ausperrungen und aus andern Gründen, selbst in Zeiten des realen Geschäftsganges wider ihren Willen, wochen- oder monatelang zu feiern, und man würde die Ansicht, daß die Ferien beanspruchenden Fabrikbetriebern und andre Beamte im Fabrikbetriebe entbehrlischer seien als die Arbeiter, denen man die Ferien verweigert, entschieden zurückweisen. Bleibt also nur noch übrig, die Kostenfrage gegen die Gewährung von Arbeiterferien ins Feld zu führen. Und dieser „Grund“ ist noch viel weniger stichhaltig, ja er ist gerade so recht geeignet, die Ungerechtheit und die Beringschätzung, mit der der Arbeiter behandelt wird, im hellsten Licht zu zeigen. Wenn die Kostenfrage, d. h. die Fortgewährung des Lohns während der Ferien auszulagern sein soll für deren Nichtgewährung, warum sucht man dann nicht diese Kosten bei den höheren Beamten und Angestellten zu vermeiden, die an sich schon Gehälter beziehen, die sehr wohl ausreichen würden, um auf eigene Kosten feiern zu können? Warum wendet man das so ersparte nicht dazu an,

daß die Bauern der Huerta sich über sie lustig machten.

Außerdem wurden die andern Besther in Folge dieser mitten in der Ebene herrschenden Trostlosigkeit weniger anpruchsvoll; das Beispiel der Nachbarn war ihnen eine Lehre, und sie erhöhten den Pachtzins nicht, sondern fügten sich in Geduld, wenn die Wertjahrespacht nicht immer pünktlich innegehalten wurde. Diese brachliegenden Felder waren der Talsman, der eine innige Eintracht unter den Bewohnern der Huerta hervorgerufen hatte und sie an die Verpflichtung erinnerte, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen; sie waren ein Denkmal, das von der Gewalt der Pächter Zeugnis ablegte und die Wunder der Solidarität der Armen gegen die Tyrannen der Gesele und den Reichtum derer bewies, die die Besther der Felder waren, aber feinerer Arbeit leisteten und sie auch nicht mit ihrem Schweiß benehten. Das alles, was sie nur verworren dachten, erweckte in ihnen die Ueberzeugung, die Huerta hätte an dem Tage unter allerley Unglück zu leiden, wo Barrets Felder wieder bebaut würden. Noch jetzt, nach zehn Jahren des Triumphs, hoffen sie, es würde niemand daran denken, in das brachliegende Gehöft einzuziehen, ja, es überhaupt nur zu betreten; — mit alleiniger Ausnahme des Waters Tomba, des alten, fast Blinden und fortwährend schwachen Schöpfers, der in Ermangelung einer andern Zubehörschaft seine Heldentaten als Guerillero seiner Schafferde erzählte.

So erklärte sich also das Angstgeschrei und die Aufregung der ganzen Huerta, als Pimento von Feld zu Feld und von Hütte zu Hütte lief, um den Leuten mitzutellen, das Gehöft des Waters Barret hätte jetzt wieder einen Pächter, einen in der Gegend unbekanntem Menschen, und dieser Mann — dieser Mann! — war eben dabei, sich mit seiner Familie dort einzurichten, „als ob ihm alles gehörte“.

(Fortsetzung folgt.)